## GEWERKSCHAFT NAHRUNG · GENUSS · GASTSTÄTTEN

## **PRESSEMITTEILUNG**





Sperrfrist: Samstag, 23. April 2016, 9.00 Uhr

## Siebert: "Gesetzliche Rente stärken statt Altersgrenze erhöhen!"

Kempten - 23. April 2015

Den Vorstoß des Bundesfinanzministers, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, hat Burkhard Siebert, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), als untauglich zurückgewiesen, die Rente zukunftsfähig zu machen. "Wir brauchen kein höheres Rentenalter, sondern ein höheres Rentenniveau." Dafür bleibe der Generationenvertrag alternativlos: "Ziel muss es sein, die gesetzliche Rente zu stärken. Dazu sind auch die jungen Menschen bereit", hat der NGG-Vize auf der Jahreshauptversammlung der NGG-Region Allgäu am Samstag in Kempten erklärt.

Es sei gut, dass das Thema Rente wieder oben auf der Agenda stehe. Mit einem höheren Rentenalter würden allerdings die Leistungen weiter verschlechtert: "Damit steigt die Zahl derjenigen automatisch, die es nicht gesund ins Ziel schaffen und gezwungen sind, vorzeitig mit höheren Abschlägen aus dem Erwerbsleben auszusteigen." Schäubles Forderung sei deshalb eine weitere, verkappte Rentenkürzung.

Notwendig sei ein Kurswechsel in der Rentenpolitik – statt steigender Altersgrenzen müsse der Sinkflug des Rentenniveaus gestoppt werden, auch und gerade für die jungen Menschen. Diese machten sich zu Recht Sorgen um ihre Altersbezüge, seien aber gerade deswegen bereit, in den Ausbau der gesetzlichen Rente zu investieren, so der NGG-Vize vor dem Hintergrund einer repräsentativen Studie der IG Metall. Drei Viertel aller Befragten zwischen 18 und 34 Jahren gaben an, dass sie "überhaupt nicht" oder "eher nicht" von ihrer zukünftigen gesetzlichen Rente leben können. Bei entsprechenden Leistungen wären jedoch ebenso fast drei Viertel dieser jungen Menschen ebenso bereit, die gesetzliche Rente mit höheren Beiträgen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stärken.

"Die Politik ist aufgefordert die Rentenversicherung so auszugestalten, dass es für den Großteil der Menschen wieder möglich ist, eine auskömmliche Rente zu beziehen. Leistungshöhe und Beitragssätze müssen breit und ausführlich neu diskutiert werden", forderte Siebert. Deshalb würden die Gewerkschaften dies zum Thema für die Bundestagswahl 2017 machen. "Das Umlagemodell darf nicht kaputtgeredet werden. Die Finanzkrise und das andauernde niedrige Zinsniveau zeigen, wie anfällig der Finanzmarkt reagiere und Milliarden Euro für die Altersvorsorge verlorengehen. Die Riester-Rente ist ein warnendes Beispiel für die Entwicklung von Rendite und Kosten entgegen den ursprünglichen Annahmen der Bundesregierung", so Siebert.

Ansprechpartner vor Ort: Claudia Weixler, 08 31 / 24 02 10 oder 0175 / 299 53 56